

## Nachtwei: Auch mit Taliban reden

### Afghanistan-Tagung der Evangelischen Akademie Villigst

Schwerte (epd). Winfried Nachtwei, ehemaliger Verteidigungspolitiker von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, hat sich für mehr Engagement Deutschlands in Afghanistan ausgesprochen. Dazu müsse auch mit Vertretern der Taliban gesprochen werden, sagte Nachtwei am Samstag auf der 38. Afghanistan-Tagung der Evangelischen Akademie Villigst in Schwerte. Es gehe dabei aber nicht um „Appeasement“ gegenüber den radikal-islamischen Taliban und ihrer menschenrechtsverletzenden Politik, betonte Nachtwei, der auch der Enquetekommission des Bundestages zu Afghanistan als Experte angehört. Weil die Bundesregierung das Taliban-Regime nicht als rechtmäßige Regierung anerkennt, gibt es keine offiziellen Gesprächskontakte mit Kabul.

Hans-Joachim Gießmann, Senior Adviser und ehemaliger Direktor der Berghof Foundation in Berlin, kritisierte in der Online-Diskussion, das deutsche Engagement in Afghanistan tendiere immer mehr gegen null, zumal die Mittel für die Entwicklungshilfe und humanitäre Unterstützung noch einmal gekürzt werden sollten. Gießmann warf früheren Bundesregierungen zudem vor, Chancen für einen offenen Dialog mit allen Bevölkerungsgruppen in Afghanistan verspielt zu haben. Die Politik der westlichen Alliierten habe zu sehr auf die städtischen Eliten gesetzt, die Mehrheit der Menschen lebe aber auf dem Land. Dort seien selbst 2019 nur ein knappes Viertel der Mädchen alphabetisiert gewesen. Die Berghof Foundation ist eine unabhängige, nicht-staatliche Organisation, die sich für gewaltfreie und nachhaltige Friedensprozesse engagiert.

Zwei Vertreterinnen des in Zürich ansässigen Bildungsprojekts Wild Flower hatten zuvor dargestellt, welchen Repressionen Frauen und Mädchen unter dem Taliban-Regime gegenwärtig in Afghanistan ausgesetzt sind. Mädchen dürften nur noch bis zur siebten Klasse die Schule besuchen. Selbst neunjährige Mädchen dürften schon verheiratet werden. Wild Flower ist ein Online-Bildungsportal für Afghaninnen.

Kritik an der Abschiebep Praxis deutscher Behörden übten Dalia Höhne, Referentin für Flucht, Migration und Integration bei der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, und Stephan Schaede, Vizepräsident des Kirchenamts der EKD. Schaede kündigte an, dass die Kirche alle Kontaktmöglichkeiten nutzen werde, um mit der Politik und den beteiligten Behörden über die Abschiebep Praxis ins Gespräch zu kommen. Im August waren erstmals seit der Machtübernahme der Taliban wieder Menschen aus Deutschland nach Afghanistan abgeschoben worden.

## Kirchen